Initiativantrag
der sozialdemokratischen Abgeordneten
betreffend
ein Recht auf Erdkabel bei Starkstromleitungen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Das Gesetz vom 9. November 1970 über elektrische Leitungsanlagen (Oö. Starkstromwegegesetz 1970), LGBl. Nr. 1/1971, in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. 90/2013, wird wie folgt geändert:

Nach § 7 wird folgender § 7a eingefügt:

„Erdverkabelung
§ 7a

(1) Als ein öffentliches Interesse, das in Verfahren zur Erteilung der Bau- und Betriebsbewilligung von elektrischen Leitungsanlagen zu beachten ist, gilt auch die Vermeidung von Nutzungskonflikten.

(2) Zur Wahrung des öffentlichen Interesses gemäß Abs. 1 dürfen neu zur Errichtung kommende elektrische Leitungsanlagen mit einer Nennspannung von bis zu 110 kV oder vergleichbare diesem Gesetz unterliegende Leitungsanlagen, soweit dies technisch und betrieblich möglich ist, nur als Erdkabel ausgeführt werden. Die Gesamtkosten im Vergleich zu den Gesamtkosten der Ausführung als Freileitung dürfen den Faktor (Mehrkostenfaktor) 2,75 nicht übersteigen. Der Mehrkostenfaktor eines konkreten Errichtungsvorhabens wird aus dem Verhältnis der voraussichtlichen Gesamtkosten der Ausführung des Errichtungsvorhabens als Erdkabel zu den voraussichtlichen Gesamtkosten der Ausführung des Errichtungsvorhabens als Freileitung ermittelt.

(3) Die Berechnung des Mehrkostenfaktors erfolgt durch die Landesregierung. Bewilligungsansuchen gemäß § 6 haben, um dies zu ermöglichen, eine vollständige Gesamtkosten- und Variantenrechnung für beide Systemvarianten (Erdkabel und Freileitung) zu beinhalten („Variantenvergleich“). Die Berechnung der jeweiligen Gesamtkosten hat jedenfalls zu enthalten:

- a) Planungskosten;
- b) Kosten für den Grunderwerb und die Einräumung von Rechten und Dienstbarkeiten;
- c) Kosten für Wiederherstellungs- und Ersatzmaßnahmen;

- d) Kosten für Material;
- e) Bau- und Montagekosten;
- f) Kosten für den Rückbau von bestehenden Leitungen;
- g) Kosten für Instandhaltung und Reparatur;
- h) Kosten für den Ersatz einzelner Komponenten;
- i) Kosten der Energieverluste.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten sind über einen Zeitraum zu ermitteln, welcher der Lebensdauer der langlebigsten Komponente der zu vergleichenden Ausführungen entspricht.

(4) Die Landesregierung kann verordnen, dass

- a) trotz Überschreitung des Mehrkostenfaktors eine Erdverkabelung vorgenommen werden kann, wenn ein Dritter die den Mehrkostenfaktor überschreitenden Kosten trägt;
- b) trotz Einhaltung oder Unterschreitung des Mehrkostenfaktors eine Freileitung errichtet werden muss, wenn dadurch insgesamt weniger Nachteile für Raum und Umwelt entstehen, weil eine Bündelung auf einer bereits vorhandenen Freileitungstrasse erfolgen kann oder eine lediglich unwesentliche Änderung einer bestehenden Freileitung erfolgen soll.

(5) Einem Ansuchen, das auf die Bewilligung einer Freileitung mit einer Nennspannung von bis zu 110 kV gerichtet ist, sind auch Unterlagen über das Nichtvorliegen einer der Voraussetzungen für eine Erdverkabelung gemäß Abs. 2 anzuschließen. Die Bewilligung darf in einem solchen Fall nur erteilt werden, wenn die Leitungsanlage das öffentliche Interesse gemäß Abs. 1 unter Berücksichtigung der technischen und betrieblichen Möglichkeiten nur im geringst möglichen Maß beeinträchtigt.

(6) Die Abs. 1 bis 5 gelten auch für wesentliche Änderungen einer bestehenden Freileitung mit einer Nennspannung von bis zu 110 kV. Wesentliche Änderungen sind dabei auch Verschwenkungen der Leitungstrasse um mindestens 10 m auf einer durchgehenden Länge von 5 km, wobei kürzere Abschnitte innerhalb einer Leitungsanlage auch dann zusammenzurechnen sind, wenn die einzelnen Abschnitte zwar getrennt, aber innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren geändert werden, sowie die Erhöhung der Nennspannungsebene oder eine wesentliche Erhöhung der Übertragungskapazität.“

Begründung

In Oberösterreich sind Verfahren zu Hochspannungsleitungsprojekten seit Jahren anhängig, bei welchen die Regelungen dieses Antrages zu einem dringend nötigen projektbeschleunigenden Interessenausgleich führen werden.

Versorgungssicherheit aller StromkundInnen und geringstmögliche Beeinträchtigung von AnrainerInnen von Leitungsprojekten sowie der verstärkte Schutz von Natur und Umwelt können, wenn die erprobte und zeitgemäße Technik der Erdverkabelung zur Anwendung kommt, ideal verwirklicht werden. Es ist nur eine Frage des politischen Willens und der finanziellen Mittel. Der normierte Mehrkostenfaktor der Erdkabelleitung im Vergleich zur Freileitung schützt vor finanzieller Überbelastung der StromkundInnen, der NetzbetreiberInnen

und der öffentlichen Hand und liegt in der Bandbreite der derzeit geltenden rechtlichen Regelungen in Deutschland beziehungsweise der Schweiz.

Was die Kosten der Errichtung von Freileitungen anlangt, so ist auch das jüngste OGH-Urteil im Zusammenhang mit der Errichtung einer neuen 110-kV-Freileitungstrasse in Oberösterreich zu erwähnen. Der Oberste Gerichtshof weitet den Entschädigungsanspruch im Vergleich zu seiner früheren Rechtsprechung auf Grundstücke aus, die nur mittelbar von den negativen Auswirkungen der oberflächigen Leitungsführung betroffen sind.

Heute lebende und nächste Generationen haben ein Recht auf eine intakte und unverfälscht wahrnehmbare Natur in möglichst vielen Gebieten unseres Landes. Solche Gebiete sind leider jetzt schon wertvolle Raritäten und sollen durch eine modernisierte oberösterreichische Starkstromwegegesetzgebung verstärkt geschützt werden.

Linz, am 15. Juni 2021

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Lindner, Weichsler-Hauer, Müllner, Bauer, Krenn, Rippl, Peutlberger-Naderer, Schaller, Margreiter, Promberger, P. Binder